INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG
Die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit

Online Magazin IAB-Forum

„Wir brauchen legale Migration zur Stabilisierung des italienischen Sozialversicherungssystems“. Ein Interview mit Professor Tito Boeri

2. Mai 2019 | Lutz Bellmann, Jutta Winters

Mit seinen Plädoyers in den Medien für mehr Migration verleiht der italienische Wirtschaftsprofessor Tito Boeri seinem Widerspruch gegen die italienische Regierung offen Ausdruck. Er argumentiert, dass Italien zur Sicherung des Wohlstandes der italienischen Gesellschaft, der sozialen Standards und des Rentensystems auf Migration angewiesen ist. Tito Boeri war von März 2015 bis Februar 2019 Vorsitzender der nationalen italienischen Sozialversicherungsanstalt und lehrt nun als Professor an der Bocconi-Universität in Mailand. Im Interview mit dem IAB-Forum erklärt Boeri die aktuelle Lage und die Zukunft des italienischen Sozialversicherungssystems.

Sie haben eine außergewöhnliche Karriere für einen Sozialwissenschaftler gemacht: Nach Ihrem Studium und der Tätigkeit als Journalist und international anerkannter Forscher wurden Sie am Weihnachtsabend 2014 durch das italienische Parlament zum Vorsitzenden der nationalen

italienischen Sozialversicherungsanstalt INPS gewählt. Was hat Sie an dieser Position am meisten gereizt?

Boeri: Der Vorsitzende der INPS hat eine unabhängige Stellung. Er muss nicht nur durch die italienische Regierung, sondern auch durch das italienische Parlament und ein Fachgremium bestätigt werden. Die Position erfordert einige fachliche Fähigkeiten sowie eine energische Persönlichkeit. Für mich war es die Gelegenheit, einige der Ideen umzusetzen, die ich entwickelt hatte.

Am 4. Juli 2018 warnten Sie im Parlament in Rom in deutlichen Worten vor den Auswirkungen einer drastischen Beschränkung der Migration auf das italienische Rentensystem: Wenn Immigration stark begrenzt würde, könnte Italien Ihrer Einschätzung nach innerhalb von fünf Jahren die Einwohnerzahl einer Stadt wie Turin verlieren. Welche Konsequenzen ergäben sich daraus?

In Italien haben wir ein großes Problem mit sinkenden Bevölkerungszahlen und somit mit einer schrumpfenden Zahl an Arbeitskräften – und diese zahlen die Renten. Hochrechnungen zufolge finanziert in 30 Jahren jeweils ein Arbeitnehmer einen Rentner. Was können wir da tun? Auf der einen Seite könnten wir die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt verbessern, um mehr Menschen zur Arbeit zu motivieren. Auf der anderen Seite könnten wir die Regeln für den Rentenbezug verschärfen, um die Zahl der Rentner zu drosseln. Dennoch wäre nichts davon ausreichend. Wir brauchen Migration. Einige Politiker in der aktuellen Regierung haben mich angegriffen, als ich darauf hinwies. Die gleichen Politiker legten in Brüssel ein Dokument vor, das einen Anstieg der Staatsschuldenquote um 30 Prozent voraussagt, wenn die Migration nicht zunimmt. Das Problem war den Politikern also bewusst – obwohl sie mich deswegen angegriffen hatten.

> In Italien haben wir ein großes Problem mit sinkenden Bevölkerungszahlen und somit mit einer schrumpfenden Zahl an Arbeitskräften.

Sie haben sich wissenschaftlich mit der Entwicklung dualer Arbeitsmarktstrukturen auseinandergesetzt. Wie ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Italien mit Blick auf befristete Arbeitsverträge und die Vermeidung etwaiger negativer Folgen?

Wir beobachten in Italien verschiedene Entwicklungen. Im Jahr 2000 reformierte die italienische Regierung den Arbeitsmarkt, um Arbeitergeber zu motivieren, mehr junge Menschen mit unbefristeten Arbeitsverträgen einzustellen. Dies war eine sehr positive Entwicklung, nicht zuletzt wegen derer Beiträge zum Rentensystem. Dann urteilte das italienische Verfassungsgericht, dass eine automatische jährliche Erhöhung nicht erlaubt sei. Das wirft uns auf die Situation zurück, die vor der Reform herrschte.

Mit dem Contratto unico bemüht sich Italien, die Chancen und das Potenzial junger Menschen besser zu nutzen – um gleichzeitig für mehr Gerechtigkeit und mehr Wachstum zu sorgen. Wie funktioniert das?

Der Contratto unico ist sehr einfach aufgebaut und sieht einen Härteausgleich vor, der mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit steigt: Befristete Verträge unterliegen einem zusätzlichen Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 1,4 Prozent des Lohnniveaus, der an die INPS zu zahlen ist. Wenn der Arbeitgeber den befristet Beschäftigten in eine unbefristete Stelle übernimmt, werden diese zusätzlichen Lohnkosten vollständig erstattet. In meinem Vorschlag gestattete der Contratto unico eine Verlängerung von befristeten Arbeitsverträgen auf höchstens 24 Monate. So würde die Reform wirken.

In Deutschland gelingt es zusehends, die Arbeitsmarktbeteiligung von Männern UND Frauen zu erhöhen. Zum jetzigen Zeitpunkt, kurz vor dem demografischen Einbruch, erscheint dies wichtig, damit der Wirtschaft genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Was geschieht in Italien?

Das ist in Italien ein noch größeres Problem. Wir haben eine sehr niedrige Beschäftigungsquote von Frauen. Da ist vieles zu tun, zum Beispiel braucht es mehr politische Anstrengungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Schon im Jahr 2000 hat der italienische Gesetzgeber einen gesetzlichen Vaterschaftsurlaub eingeführt. Dies sollte Arbeitgeber offener für die Einstellung von Frauen machen, da zu erwarten wäre, dass männliche Mitarbeiter ebenso in Erziehungsurlaub gehen. Es muss noch viel mehr geschehen.

In Deutschland haben private und öffentliche Arbeitgeber und auch die Bundesagentur für Arbeit ihr Engagement im Bereich Weiterbildung entschieden verstärkt, um den Herausforderungen der Digitalisierung zu begegnen. Gibt es in Italien Ähnliches?

Italien hat keine so gut entwickelte öffentliche Arbeitsverwaltung wie Deutschland. Daher haben wir in dieser Hinsicht Probleme. Der Bedarf an Qualifizierung und Ausbildung von Beschäftigten ist in Italien noch dringender als in Deutschland. Ein Blick auf die Fachkenntnisse italienischer Arbeitnehmer zeigt, dass sie nicht über die Qualifikationen verfügen, die sie für den sich wandelnden Arbeitsmarkt und die digitale Zukunft benötigen. Es ist für uns sehr wichtig, in dieser Hinsicht mehr zu tun.

Was bedeutet die Politik der neuen italienischen Regierung für die finanzielle Nachhaltigkeit des Sozialversicherungssystems?

Die neue Politik schafft eine Reihe von Problemen. Erstens brauchen wir mehr Migration, um die Nachhaltigkeit des Rentensystems zu sichern. Daher ist eine vollständige Abschottung gegenüber Migranten kontraproduktiv. Zweitens ermöglichen es die neuen Gesetze mehr Menschen, in den Vorruhestand zu gehen. Dies wirkt der Reform entgegen, die darauf abzielte, Vorruhestand zu vermeiden. All diese Entwicklungen sind nicht hilfreich zur finanziellen Stabilisierung des italienischen Sozialversicherungssystems. Auf lange Sicht kann das Rentenniveau in Italien nicht stabilisiert werden ohne mehr legale Migration und ohne ein höheres Rentenalter.

Zitationshinweis

Lutz Bellmann; Jutta Winters (2019): „Wir brauchen legale Migration zur Stabilisierung des italienischen Sozialversicherungssystems“. Ein Interview mit Professor Tito Boeri , In: Online Magazin IAB-Forum 2. Mai 2019, https://iab-forum.de/wir-brauchen-legale-migration-zur-stabilisierung-des-italienischen-sozialversicherungssystems-ein-interview-mit-professor-tito-boeri/, Abrufdatum: 26. May 2026

Lizenzhinweis

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0): https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de